

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Institut für Politische Wissenschaft

Die Theorie des demokratischen Friedens
Exemplifiziert am Beispiel Russlands und des Irakkrieges

Proseminar Theorien der Internationalen Beziehungen
Dr. Klaus Brummer

von
Dennis Schmolk
Matrikelnr.: 21350527
2. Juli 2008

Inhaltsverzeichnis

1	Die aktuelle Gefahrenlage in der Welt	2
2	Der Demokratische Frieden oder: Warum führen Demokratien keinen Krieg gegeneinander?	3
2.1	Entstehung einer Theorie	3
2.1.1	Exkurs: Liberale Theorien in den Internationalen Beziehungen	3
2.1.2	Der liberale Charakter der Theorie des demokratischen Friedens	3
2.2	Zwei Theoriestränge	4
2.2.1	Rückführung auf das Politische System	4
2.2.2	Rückführung auf die politische Kultur	5
3	Beispiel 1: Friedliche Lösung von Konflikten zwischen Demokratien: Russland und Europa	6
3.1	Konfliktfelder	6
3.2	Konfliktvermeidung und -klärung	6
3.3	Erklärung der Beziehung anhand der Theorie des demokratischen Friedens	7
3.3.1	Kein Sicherheitsdilemma	7
3.3.2	Kosten eines Kriegsfalles	7
4	Beispiel 2: Der Krieg der amerikanischen Demokratie gegen den autokratischen Irak unter Saddam Hussein	8
4.1	Situation im Irak unter Saddam Hussein	8
4.2	Spekulation über die Kriegsgründe	8
4.3	Erklärung der amerikanischen Invasion anhand der Theorie des demokratischen Friedens	8
5	Grenzen und weitere Perspektiven der Theorie	10
5.1	Warum überhaupt Krieg?	10
5.2	Erklärungskraft bzgl. „Neuer Kriege“	10
5.3	Verbreitung von Werten?	11
6	Bibliographie	12
7	Eigenständigkeitserklärung	13

1 Die aktuelle Gefahrenlage in der Welt

Heute, im Jahre 2008, ist die globalisierte Welt keineswegs davor gefeit, zum Schauplatz von Kriegen und anderen gewaltsamen Auseinandersetzungen zu werden. Im Gegenteil: Die Wikipedia¹ listet für das 21. Jahrhundert bereits jetzt sechs andauernde bzw. neu entstandene Kriege auf. Hinzu kommen zahllose weltweite Konflikte, die aufgrund ihrer Größe, ihrer internationalen Bedeutung oder einzelner Interessenslagen nicht als Kriege erfasst werden, wohl aber mit denselben verheerenden Folgen einhergehen. Auch steht nicht zu erwarten, dass das gerade angebrochene Jahrhundert ein friedliches werden wird: In Iran und Nordkorea forschen autoritäre Staaten an Atomwaffen; in Irak² und Afghanistan versagen klassische Einsatzkräfte – darunter die deutsche Bundeswehr – im Kampf gegen asymmetrische Gegner; große Teile des afrikanischen Kontinents sind Brandherde von ethnischen und religiösen Völkerringen. Krieg scheint – trotz aller Regime, internationaler Organisationen und pazifistischer Ideologien – unausrottbar. Im Zuge der Globalisierung und Technisierung entstehen sogar neue Kriegsformen, die jener eben erwähnten Asymmetrisierung der Konfliktparteien entstammen.³

Ein fundiertes Verständnis von den Entstehungsbedingungen von Kriegen zwischen modernen, technologisch fortgeschrittenen Staaten unserer Zeit ist daher offensichtlich ein unverzichtbarer Bestandteil der Internationalen Beziehungen. Im Folgenden soll anhand der (liberalen) Theorie des demokratischen Friedens dargestellt werden, wie Konfliktvermeidung und -lösung zwischen Demokratien funktioniert und weshalb sie gegenüber Autokratien scheitert. Kriege von Autokratien untereinander sind nicht Gegenstand der Arbeit.

In einem ersten Abschnitt wird die Theorie in Hinblick auf ihre Ursprünge und Inhalte vorgestellt. Sodann folgt ein Beispiel für Konfliktbeilegung in der Beziehung zweier Demokratien und zuletzt ein Beispiel für einen Krieg zwischen einer Demokratie und einer Autokratie. Ich habe als Beispiele das spannungsreiche Verhältnis von Russland und anderen europäischen Staaten zum einen, den prominenten (und noch immer andauernden) Irakkrieg zum anderen ausgewählt. Im letzten Kapitel versuche ich, einen Ausblick zu geben, was die weitere Entwicklung der Theorie und insbesondere ihrer Schwachstellen betrifft.

¹Vgl. hierzu die Wikipedia [9]

²siehe hierzu Kapitel 4, S. 8

³Vgl. hierzu Münkler [3]

2 Der Demokratische Frieden oder: Warum führen Demokratien keinen Krieg gegeneinander?

2.1 Entstehung einer Theorie

Demokratien sind durchaus bereit, Kriege gegen nicht-demokratisch verfasste Staaten – im Folgenden als Autokratien bezeichnet – zu führen, nicht aber gegeneinander. Man bezeichnet diese empirisch untermauerte Gegebenheit auch als *einziges empirisches Gesetz* der Internationalen Beziehungen⁴. Als man diese Gesetzmäßigkeit in den 1980er Jahren erkannte, machte man sich daran, sie anhand zweier unterschiedlicher Schemata zu erklären.⁵ Beide sollen in Kapitel 2.2 behandelt werden. Zunächst jedoch gilt es, die Theorie als Vertreterin liberaler Anschauungen zu verstehen.

2.1.1 Exkurs: Liberale Theorien in den Internationalen Beziehungen

Als liberale Theorien begreift man in den Internationalen Beziehungen jene Theorien, die den Staat nicht – wie z.B. der (Neo-)Realismus – als eine „black box“ mit fest definierten Zielen verstehen, sondern die versuchen, eben jene „black box“ aufzubrechen und ihr Innenleben als konstitutiv für ihr Gebaren in der internationalen Politik betrachten. Es geht darum, außenpolitische Positionen als im Staat und seinen internen Prozessen entstanden zu erklären. Neben dieser analytischen Ebene herrscht im Liberalismus meistens auch eine andere normative Ausrichtung vor als im (Neo-)Realismus: Zuungunsten von Sicherheitsaspekten wird der Fokus auf die generelle Wohlfahrt gelegt. (Diese Gewichtung ist leicht verständlich, bedenkt man, dass die Wohlfahrt in einem realistischen Szenario als Staatsinternum gar nicht bedacht werden *kann*, gerade in Demokratien aber sehr stark mit der Machtposition einer Regierung korrelieren.)⁶

2.1.2 Der liberale Charakter der Theorie des demokratischen Friedens

Der liberale Charakter der Theorie des demokratischen Friedens liegt nun eben darin begründet, dass sie die Entscheidungsgewalt über die Frage nach Krieg und Frieden nicht in extern vorgegebenen Faktoren wie der „Struktur des Internationalen Systems“⁷ sieht, sondern diese den internen Entscheidungsprozessen der souveränen Staaten zubilligt. Wir lesen:

⁴Vgl. hierzu Geis [2]

⁵Vgl. hierzu den Beitrag von Andreas Hasenclever in [5], S. 213

⁶Vgl. den Beitrag von Siegfried Schieder in [5], S. 175ff

⁷Wie im Neorealismus z.B. nach Kenneth Waltz, vgl. den Beitrag von Niklas Schörnig in [5], insb. S. 68f

„Noch gibt es keine zufriedenstellende liberale Erklärung des „Demokratischen Friedens“ [...]. Gleichwohl haben sich in der einschlägigen Forschung Argumentationsmuster herausgebildet, die absehbar zu den intellektuellen Grundbausteinen einer solchen Erklärung zählen werden. Gemeinsam ist ihnen das Anliegen, *außenpolitische Gewaltanwendung auf innenpolitische Interessen- und Machtkonstellation zurückzuführen*[...]“.⁸

2.2 Zwei Theoriestränge

Zur genaueren Erklärung jener internen Prozesse haben sich zwei wesentliche Theoriestränge herausgebildet, die man als einen „realistischen“ und einen „idealistischen“ Zweig bezeichnen könnte.⁹

2.2.1 Rückführung auf das Politische System

Die erste konkrete Ausformung der Theorie basiert auf der Annahme, dass in Demokratien – im Gegensatz zu Autokratien – systembedingt eine geringere Machtkonzentration in den Händen der Regierung, dafür aber eine höhere Rechenschaftspflicht der Regierung dem Volke gegenüber herrscht: Durch die in allen „echten“ Demokratien mehr oder weniger verbreitete Gewaltenteilung und den Zwang einer Regierung, sich nach einer Legislaturperiode erneut zur Wahl zu stellen – und für eventuelle Fehlentscheidungen geradezustehen –, haben Regierungen keine allumfassende Kontrolle und Freiheit in ihrem Tun. Sowohl die politische Elite in Form der drei Gewalten wie auch das Volk üben Kontrolle aus.

Nach Grundüberlegungen der rational choice¹⁰ folgert man nun, dass „Steuerzahler“ alles daran setzen wird, einen Kriegszustand zu vermeiden, da dieser gefährlich und teuer ist. Demokratien sind die weltweit bestgerüsteten Staaten und daher die gefährlichsten Gegner. Die Regierung müsse „über sehr gute Gründe verfügen“, einen Angriff auf eine fremde Nation zu wagen. Zu diesen gehört insbesondere die materielle Bedrohung der jeweiligen Nation. Im Gegensatz hierzu können Autokratien walten, wie es ihnen beliebt, ohne kontrolliert zu werden: Sie müssen weder Abwahl noch innerstaatliche (bspw. juristische) Konsequenzen fürchten. Hasenclever verweist auf die Beispiele von Churchill und Bush (Sr.), um zu belegen, dass ein Kriegsgewinn in einer Demokratie hingegen keineswegs ausreichen muss, um den Machterhalt zu sichern. Aus diesem Grunde wird der in zwei demokratisch verfassten Staaten parallel verlaufende Entscheidungsprozess über die Frage nach Krieg oder Frieden sehr viel eher darauf hinauslaufen, dass beide

⁸Vgl. Hasenclever 2006 [5], S. 216

⁹Die folgenden Ausführungen stützen sich vollständig auf Hasenclever 2006 in [5], S. 217-221. Nicht gekennzeichnete Zitate sind dort entnommen.

¹⁰Vgl. zu diesem Begriff u.a. Esser [1]

Staaten auf Krieg verzichten. Gleichzeitig ergibt sich aber keine Konsequenz für den Krieg gegen Autokratien, da diese weiterhin den Staat oder seine Interessen bedrohen können. Da dieses Deutungsschema seine primäre Aufmerksamkeit auf die (Sicherheits- und Macht-)Interessen einzelner Akteure legt, nenne ich ihn den „realistischen“ Deutungsstrang.

2.2.2 Rückführung auf die politische Kultur

Der zweite Ansatz konzentriert sich weniger auf die Folgen des Handelns der Akteure, sondern auf ihre innerhalb des Staates gebildeten Motive, namentlich Ideale und Werte. Aus diesem Grunde spreche ich auch von einem „idealistischen“ Deutungsstrang. Dieser Ansatz teilt auch mehr Prämissen mit sozialkonstruktivistischen Theorien¹¹, da er davon ausgeht, dass Interessen keineswegs a priori festgelegt sind (wie das Sicherheitsinteresse im Neorealismus bspw.), sondern sozial konstruiert werden. Inhaltlich bezieht die Theorie von der politischen Kultur als Kontextfaktor des demokratischen Friedens auf zwei unterschiedliche Werttraditionen von Demokratie und Autokratie ab:

Während Demokratien stärker auf das Individuum und seine Rechte ausgerichtet sind und „typischerweise als Rechtsstaaten in Erscheinung“¹² treten, Konflikte über zivile und friedliche Mechanismen beilegen und Gewalt im Allgemeinen ablehnen, zeichnen sich Autokratien durch eine von Gewalt nach Innen geprägte, nicht-diskursive politische Kultur aus. Es wird argumentiert, dass die privilegierten Stellungen, die die Eliten in Autokratien halten, nur mit Gewalt durchgesetzt werden können.

Die Gründe für die potentielle Gefährdung einer Demokratie durch eine Autokratie liegen aber noch eine Argumentationsstufe tiefer. Während sich eine Demokratie im politischen Verkehr mit ihresgleichen darauf verlassen kann, einem Partner – oder auch Kontrahenten – gegenüberzustehen, der zumindest fundamental dieselben Werte und Überzeugungen teilt wie er, mit diesem Gegenüber Verträge schließen und Bündnisse eingehen kann, herrscht zwischen ihm und einer Autokratie „der Naturzustand“¹³: Ein Verlass ist nicht möglich, die autokratischen (möglichen) Kriegsherren unterliegen keiner Gewaltbeschränkung. Ihnen ist im Zweifelsfalle also nicht zu trauen – sondern notfalls mit Gewalt beizukommen.

¹¹Vgl. hierzu den Beitrag von Cornelia Ulbert in [5]

¹²Vgl. dazu Hasenclever 2006 [5], S. 219

¹³Ebd., S. 220

3 Beispiel 1: Friedliche Lösung von Konflikten zwischen Demokratien: Russland und Europa

Als erste praktische Anwendung der Theorie vom demokratischen Frieden betrachte ich im Folgenden das Verhältnis zwischen den demokratisch verfassten Staaten Europas¹⁴ und dem Russland unter Führung Vladimir Putins¹⁵.

3.1 Konfliktfelder

Die Beziehungen Russlands zur Europäischen Union unterlagen seit Ende des Kalten Krieges einer dynamischen Entwicklung. Geprägt vom Wiedererstarken russischen Selbstbewusstseins und der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) gestaltete sich die Zusammenarbeit im Laufe der Präsidentschaft Boris Jelzins, aber auch zu Beginn der Präsidentschaft Wladimir Putins positiv, sowohl hinsichtlich formeller Vereinbarungen als auch im Gesprächsklima. Allerdings wird 2005 eine zunehmende Akzentverschiebung beklagt. So scheinen beispielsweise *Konflikte in der Energiepolitik, konkurrierende Geschichtsbilder und der Integrationswettbewerb um die postsowjetischen Staaten in der östlichen Nachbarschaft der EU* eine neue Polarisierung zwischen West und Ost anzudeuten. Mit der Wahl Dimitri Medwedews zum Präsidenten im März 2008 hofft Brüssel nach dieser kurzen Phase kühlerer Beziehungen auf eine bessere Kooperation mit der Russischen Föderation und eine neue, konsensfähige Grundlage der Partnerschaft.¹⁶

Die zentralen Konfliktfelder werden hier bereits genannt: Energiepolitik und Integration. Zur weiteren Diskussion des Themengebiets sollen die erwähnten „konkurrierenden Geschichtsbilder“ ausgeblendet werden, da ihre Analyse den Rahmen sprengen würde - und ihre Aufarbeitung wohl am schwierigsten zu bewerkstelligen ist.

3.2 Konfliktvermeidung und -klärung

Die Auseinandersetzung mit Russland erfolgt nun aber keineswegs kriegerisch. Im Gegenteil: Selbst bei eklatanten Verstößen gegen „westliche Werte“ wie die Pressefreiheit (im Fall der ermordeten Journalistin Politkowskaja)

¹⁴Der Einfachheit halber beschränken sich meine Ausführungen auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

¹⁵Zum Zeitpunkt der Entstehung dieser Arbeit liegt der Amtsantritt von Dimitri Medwedew nicht einmal zwei Monate zurück. Über das Russland unter seiner Regierung kann also noch keine Aussage getroffen werden.

¹⁶vgl. hierzu [11], Hervorhebungen von mir

oder der von Putin angedrohte, de facto auch schon begangene¹⁷ Dreh am Ölhahn konnten niemals für eine materielle Bedrohung von Seiten der EU sorgen. Lediglich die diplomatischen Beziehungen kühlten etwas ab.

3.3 Erklärung der Beziehung anhand der Theorie des demokratischen Friedens

Es entsteht hieraus die Frage, *warum* die gewaltorientierte Lösung der Verwicklungen mit Russland niemals auch nur in den Fokus der politischen Machthaber in (West-)Europa gelangen. Zwei Aspekte sollen diskutiert werden: (1) die Verlässlichkeit Russlands als (Handels-)Partner und damit einhergehend die Nichtexistenz eines Sicherheitsdilemmas und (2) die hohen Kosten, die ein Kriegsfall auslösen würde.

3.3.1 Kein Sicherheitsdilemma

Im Gegensatz zur alten Sowjetunion handelt es sich beim Russland der Post-Cold-War-Ära um einen demokratisch verfassten Staat (wenngleich autoritäre bzw. autokratische Strukturen noch immer fest im Land verankert sind):

Kritik an wachsenden autoritären Tendenzen in Russland wird als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurückgewiesen, gegen die es sich zu immunisieren gilt.¹⁸

Daraus ergibt sich – der Theorie des demokratischen Friedens folgend – die Schlussfolgerung, dass andere Demokratien (wie die Bundesrepublik Deutschland oder die USA) Russland einzuschätzen wissen. Dies ergibt sich auch aus dem Umstand, dass die genannten Staaten in umfangreichen gegenseitigen wirtschaftlichen Verflechtungen stehen. Sie sind miteinander vertragsfähig und können sich aufeinander verlassen, woraus resultiert, dass sie sich nicht – wie Demokratien in ihrer Beziehung zu Autokratien – im „Naturzustand“ befinden — und folglich kein Sicherheitsdilemma vorliegt, welches zum Krieg führen könnte.

3.3.2 Kosten eines Kriegesfalles

Hinzu kommt, dass ein Krieg gegen das – noch aus Zeiten des kalten Krieges gut gerüstete und an natürlichen Ressourcen reiche – Russland ein sehr verlustreicher, wenn nicht gar aussichtsloser Krieg wäre. Eine politische Legitimation ließe sich wohl z.B. in Deutschland alleine aufgrund der hohen Kosten nicht erwirken.

¹⁷Vgl. hierzu [12]

¹⁸Vgl. hierzu [6]

4 Beispiel 2: Der Krieg der amerikanischen Demokratie gegen den autokratischen Irak unter Saddam Hussein

Die gegenteilige Situation – den Krieg einer Demokratie gegen einen anderen Staat, der sich nicht als Präventivschlag verstehen ließ – begegnete uns im Jahre 2003, als die USA unter George W. Bush den Irak unter Saddam Hussein angriffen.

4.1 Situation im Irak unter Saddam Hussein

Saddams Regime war geprägt von Unterdrückung politischer Gegner, der Verfolgung schiitischer Muslime und autokratischer Strukturen nach innen¹⁹. Der Irak erfüllte zu dieser Zeit die wesentlichen Definitionsmerkmale einer Autokratie:

Die Autokratie vereint als Staats- beziehungsweise Regierungsform alle zentralen Kompetenzen des politischen Systems in einer zentralen Kraft und sieht in keiner Weise die Beteiligung des Volkes an der Staatsgewalt vor. Der Inhaber all dieser Kompetenzen kann eine einzelne Person (z. B. Diktator) oder eine Gruppe (Partei, Junta oder ein Komitee) sein.²⁰

4.2 Spekulation über die Kriegsgründe

Die wesentlichen genannten Kriegsgründe – vorrangig muss man bei ihnen davon ausgehen, dass sie Propagandakonstrukte der USA waren²¹ – bestanden vor allem in Sicherheitsbedenken: Einerseits lief die Argumentation darauf hinaus, dass der Irak Terroristen Unterschlupf gewähre und außerdem mit seinen eigenen Massenvernichtungswaffen – vor allem Giftgas – den Weltfrieden bedrohe. Andererseits wurden die staatsinternen Menschenrechtsverletzungen vorgebracht. (Ausgeblendet wurde in der Kriegpropaganda freilich die Kriegsmotivation der irakischen Öls und seiner Aneignung durch die USA.)

4.3 Erklärung der amerikanischen Invasion anhand der Theorie des demokratischen Friedens

Die Theorie des demokratischen Friedens nun würde dieses Phänomen derart erklären, dass die USA sich bzgl. des Irak in einem „Naturzustand“ befunden habe, diesem also keinerlei Vertrauen entgegengebracht haben. Es bestanden

¹⁹Vgl. hierzu [7]

²⁰Vgl. hierzu [8]

²¹Zum Beispiel erwies sich der Irak als frei von Massenvernichtungswaffen.[10]

folglich keine Kriegshemmnisse. Die innepolitische Lage der USA wiederum war für eine Kriegslegitimation ausgesprochen günstig: Nach den Vorfällen des 11. September 2001 war die Suche nach einem Sündenbock nur logisch. Der Krieg untermauerte die Position Bushs als Präsident und war damit ein nützliches Kalkül in dessen Augen.

5 Grenzen und weitere Perspektiven der Theorie

Nachdem nun die Theorie des demokratischen Friedens erläutert und anhand zweier Beispielkomplexe exemplifiziert worden ist, möchte ich kurz darauf eingehen, was diese Theorie zu leisten imstande ist — und was nicht. Außerdem soll Erwähnung finden, wie sich die Theorie in der Zukunft entwickeln könnte.

5.1 Warum überhaupt Krieg?

Die Theorie des demokratischen Friedens hat eine Erklärungslücke: Sie führt nicht aus, warum Staaten überhaupt Kriege führen. Man kann zwar implizit von der neorealistischen Vorstellung ausgehen, dass Kriege zur Verteidigung dienen und aus einer Sicherheits-Motivation heraus geführt werden, oder annehmen, dass Staaten die ihnen eigene Struktur (z.B. Demokratie, Religion etc.) gewaltsam zu exportieren versuchen. Die Theorie des demokratischen Friedens jedoch beinhaltet keine solche Erklärung – legt sich also nicht fest – sondern geht wohl davon aus, dass Kriege „in der Natur der Sache“ liegen und daher nicht explizit erklärt werden müssen. Als Gegenargument könnte man aber anführen, dass Kriege teuer und ineffizient sind und zudem kaum vereinbar mit demokratischen Grundüberzeugungen wie dem Pazifismus und dem Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit.

5.2 Erklärungskraft bzgl. „Neuer Kriege“

Herfried Münkler²² prägte in seinem Werk „Die neuen Kriege“ medien- und öffentlichkeitswirksam den Begriff derselbigen. Nach ihm zeichnen sich die neuartigen Konflikte der Welt vor allem durch Asymmetrie und Entstaatlichung aus. Die zentralen Akteure sind nicht mehr die (National-)Staaten; in vielen der Kriegsregionen sind staatliche Strukturen schon seit Jahrzehnten nicht mehr existent. Private Akteure treten an ihre Stelle²³ und verschärfen die Konflikte durch einen entfesselten Kriegskapitalismus. Gleichzeitig wird die wichtigste Kriegsressource in schwach entwickelten Ländern die „Moral“²⁴, während sich Industriestaaten wie die USA auf ihre technologische Überlegenheit – also die physis – verlassen müssen.

Ob die Theorie des demokratischen Friedens dieser veränderten Kriegsstruktur Rechnung zu tragen in der Lage sein wird, muss sich erst noch erweisen. Es bleibt z.B. abzuwarten, inwieweit man die Beziehungsanalyse der Theorie auf nichtstaatliche Akteure ausweiten kann – und ob diese Akteure stets als autokratisch bzw. antidemokratisch gelten. Wie sieht es

²²Vgl. Münkler [3]

²³Nachzulesen im Kapitel „Privatisierung und Kommerzialisierung: Warlords, Kindersoldaten, Söldnerfirmen“. Ebd., S. 33ff

²⁴Dies bezieht sich auf die auf Clausewitz zurückgehende Aussage, die Schlacht sei „das Messen der moralischen und physischen Kräfte mit Hilfe der letzteren“. Vgl. Münkler [4]

mit „Freiheitskämpfern“ aus, die westlichen Werten (und Interessen!) nicht entgegenstehen, wie bspw. Antikommunisten in Tibet oder Nordkorea oder Antiislamisten in Saudi-Arabien?

5.3 Verbreitung von Werten?

Hasenclever führt in einem Kapitel²⁵ aus, dass Demokratien auch gegen Autokratien seltener Krieg führen „als im internationalen Durchschnitt zu erwarten“ wäre. Es bleibt fraglich, wie lange dies haltbar ist, insbesondere, wenn man den demokratischen Missionismus der USA und die Wertorientiertheit internationaler Organisationen wie der EU oder der UNO betrachtet.

²⁵Vgl. hierzu [5], S. 221ff

6 Bibliographie

Literatur

- [1] Esser, Hartmut: *Soziologie. Spezielle Grundlagen in sechs Bänden*, Frankfurt am Main, 1999-2001
- [2] Geis, Anna: *Diagnose: Doppelbefund - Ursache ungeklärt? Die Kontroverse um den „demokratischen Frieden“*, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 42, Nr. 2, S. 282
- [3] Münkler, Herfried: *Die Neuen Kriege*, Hamburg 2002
- [4] Münkler, Herfried: *Sind wir im Krieg? Über Terrorismus, Partisanen und die neuen Formen des Krieges*, in: Politische Vierteljahresschrift, Volume 42, Number 4. Osnabrück 2001
- [5] Schieder, Siegfried u. Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen 2006. Insbesondere den Beitrag von Hasenclever, Andreas: *Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden“* (i.T. zitiert als Hasenclever 2006)
- [6] Timmermann, Heinz: *Die deutsch-russischen Beziehungen im europäischen Kontext*:
http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2007-1/08_a_timmermann_d.pdf
(PDF, 105 kB, Abruf 1.7.2007)
- [7] Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Nr. 13 / 2002: *Irak unter Saddam Hussein*, Wien. Abrufbar unter
http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/09_ish_01_ish.pdf
- [8] Wikipedia-Artikel zur Autokratie:
<http://de.wikipedia.org/wiki/Autokratie> (Abruf am 1.7.2008)
- [9] Liste der Kriege im 21. Jhd. (Wikipedia):
http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Kriege#21._Jahrhundert
(Abruf am 26.6.2008)
- [10] *US gives up search for Iraq WMD*:
<http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/americas/4169107.stm>
- [11] *Die Beziehungen Russlands zur Europäischen Union*:
http://www.weltpolitik.net/Regionen/perspektiven/eu_ru.html
(Abruf am 1.7.2008)
- [12] *Putin dreht den Ölhahn zu*:
<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,310760,00.html>
(Abruf am 1.7.2008)

7 Eigenständigkeitserklärung

Hiermit bestätige ich, Dennis Schmolk, dass ich vorliegende Hausarbeit selbstständig verfasst habe. Alle relevanten Quellen sind im Literaturverzeichnis angegeben.

Nürnberg, den 3. Juli 2008